

Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?

Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter

1. Die AfD als neue Konkurrentin im Parteiensystem

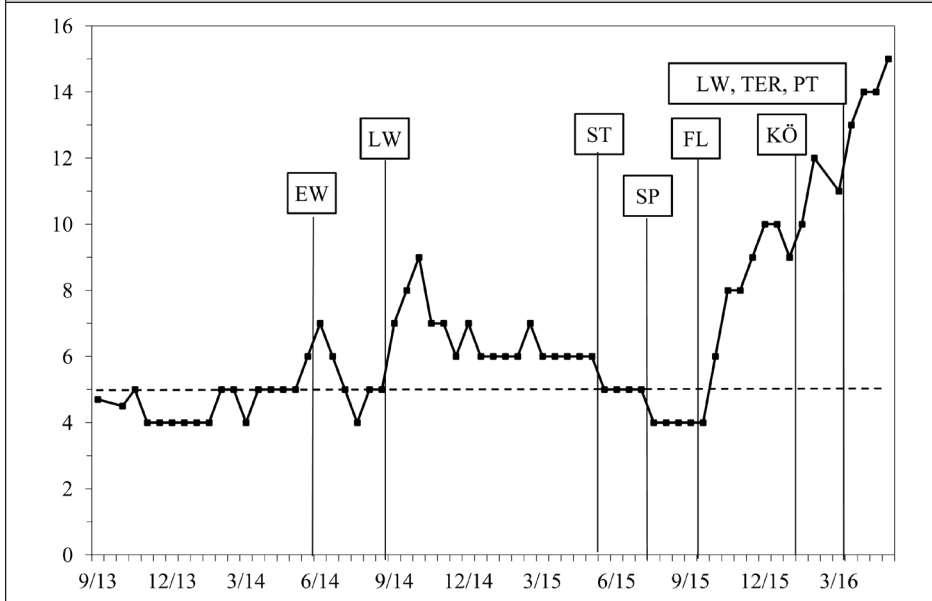
Die AfD wurde im Februar 2013 gegründet und konnte in kurzer Zeit alle notwendigen Voraussetzungen zur Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September 2013 erfüllen.¹ Ihr kurzes Wahlprogramm und weitere inhaltliche Aussagen verdeutlichten schon sehr früh ihre Positionierung im Rahmen der beiden zentralen Konfliktlinien, die den deutschen Parteienwettbewerb prägen: Im Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wertvorstellungen zur Rolle des Staates im wirtschaftlichen Wettbewerb vertrat sie nicht nur in Bezug auf die Eurorettung eine deutlich marktliberale beziehungsweise marktradikale Position. Auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Werten in der Frage der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens verortete sie sich auf der national-konservativen Seite, wobei ihr schon von Anfang an von manchen Beobachtern vorgeworfen wurde, sich nicht ausreichend vom äußersten rechten Rand abzugrenzen. Mit Ausnahme der Haltung zur Immigrationspolitik war diese inhaltliche Verortung für die Wähler im Rahmen der Kampagne zur Bundestagswahl jedoch nicht klar erkennbar. Ihre Außenwahrnehmung wurde durch ihre massive Kritik an der Eurorettungspolitik geprägt, und die Partei war daher als populistische Protestalternative für Wählergruppen mit unterschiedlichen Orientierungen wählbar.

Die Tatsache, dass sie mit 4,7 Prozent den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste, führte zwar zu einer gesteigerten Medienaufmerksamkeit, brachte ihr in den folgenden Monaten jedoch nur mäßige bundesweite Umfragewerte (vgl. Abbildung 1). Dies änderte sich erst im Vorfeld der Europawahl 2014: Die AfD bestritt ihren Wahlkampf mit harscher Kritik sowohl an der Politik der Bundesregierung als auch an der Europäischen Union. Dabei stand nicht nur die Eurorettung im Vordergrund, sondern auch die Zuwanderungspolitik. Damit bot sie sich nicht nur ökonomisch orientierten Gegnern der Eurorettung, sondern auch gesellschaftspolitisch immigrationskritischen Protestwählern als Alternative an. Da die bisher auch bei Europawahlen geltende Fünfprozenthürde diesmal wegfiel, mussten potenzielle AfD-Wähler zudem nicht befürchten, ihre Stimme sei verloren. Bei der Wahl konnte die Partei ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl deutlich auf 7,1 Prozent steigern und zog mit sieben Abgeordneten in das Europäische Parlament ein. Danach

1 Zur Vorgeschichte der AfD und ihrer Entwicklung bis nach der Bundestagswahl 2013 vgl. Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175 – 207, S. 177 ff.

stürzte sie jedoch erneut ab. Ein weiterer Aufschwung in den Umfragen auf der Bundesebene erfolgte erst, als sie bei der sächsischen Landtagswahl Ende August 2014 mit 9,7 Prozent in den ersten Landtag einzog und gleich darauf in Brandenburg und Thüringen Mitte September zweistellige Ergebnisse erzielte (12,2 beziehungsweise 10,6 Prozent). Auch diese Hochphase hielt jedoch nicht lange an und konnte auch durch den – deutlich knapperen – Einzug in die Bürgerschaft von Hamburg (6,1 Prozent) im Februar und Bremen (5,5 Prozent) im Mai 2015 nicht stabilisiert werden. Im Sommer 2015 lag die Partei in den Umfragen bei vier bis fünf Prozent.²

Abbildung 1: Die Entwicklung der Wahlabsicht für die AfD (in Prozent)



Anmerkung: EW = Europawahl; LW = Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen; ST = Eskalation des innerparteilichen Streits; SP = Spaltung der Partei; FL = fortan als „Flüchtlingskrise“ bezeichnete dramatische Steigerung der Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge nach der Entscheidung *Angela Merkels*, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen; KÖ = Diskussion um die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln; LW, TERR = Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, Terroranschläge in Brüssel.

Quelle: Infratest dimap, Sonntagsfrage bundesweit, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (Abruf am 2. Juni 2016).

Diese Entwicklung ist auf den ersten Blick erstaunlich: Eigentlich hätte die AfD sowohl von der Relevanz ihres ursprünglichen Markenkerns³, der Eurorettung, nach der Wahl in Griechenland Ende Januar 2015 und dem in den Folgemonaten eskalierenden Schuldenstreit der EU mit der neuen Syriza-Regierung als auch von der Tatsache profitieren müssen,

2 Zum Folgenden vgl. *Oskar Niedermayer*, Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 4, S. 830 – 851, S. 844.

3 Der Markenkern einer Partei ist derjenige politische Bereich, der von den Wählern mit ihr vorrangig verbunden und wegen dessen sie primär gewählt wird.

dass schon ab dem Herbst 2014 ihr zweites inhaltliches Hauptfeld, die Flüchtlingsproblematik, in der Bevölkerung zum wichtigsten Thema wurde. Dass sie diese Themenkonjunktur bis Anfang September 2015 nicht in eine steigende Wählerunterstützung ummünzen konnte, ist vor allem auf die immer heftigeren und schließlich zur Parteispaltung führenden inhaltlichen und personellen Konflikte innerhalb der Partei zurückzuführen.

Inhaltlich wurde die AfD bis nach der Europawahl primär über ihre Eurorettungskritik wahrgenommen. Durch die Erfolge bei den nachfolgenden ostdeutschen Landtagswahlen, die sie vor allem aufgrund ihrer Positionen zur inneren Sicherheit, insbesondere zur Grenzkriminalität, und zur Einwanderungs-/Asylthematik erzielte, geriet jedoch die Frage ihrer Positionierung im Rahmen der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie in den Blick. Diese Frage hatte schon seit dem Sommer 2013 an Themen wie der Haltung zum Islam, zur Familien- und Geschlechterpolitik, zur Einwanderungs- und Asylpolitik und ab dem Herbst 2014 auch zu dem islamfeindlichen Pegida-Bündnis zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die immer mehr an Schärfe zunahmen, jedoch lange Zeit keine große öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Dabei standen sich ein gemäßigt konservativer und ein rechtskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum äußersten rechten Rand gegenüber.

Der inhaltliche Streit wurde zudem überlagert durch persönliche Animositäten, die 2015 im Bundesvorstand zu einem offenen, über die Medien ausgetragenen Machtkampf eskalierten. Protagonisten waren zwei der drei bisherigen gleichberechtigten Parteisprecher, *Bernd Lucke* und *Frauke Petry*, als Rivalen um die Führung der Partei. Im März 2015 verfassten Funktionäre des vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden starken rechtskonservativen Flügels ein Papier zur Positionsbestimmung, woraufhin *Lucke* im Mai die Gründung des Vereins „Weckruf 2015“ veranlasste, um den gemäßigt konservativen Flügel zu organisieren und zu stärken. Auf dem außerordentlichen Parteitag Anfang Juli 2015 entschieden jedoch seine Gegner die Vorstandswahlen für sich und servierten ihn unter Buhrufen regelrecht ab. *Lucke* trat daraufhin am 10. Juli aus der AfD aus und gründete mit seinen Weckruf-Mitstreitern am 19. Juli die „Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA)“.

Nach der Spaltung sackte die Rest-AfD unter ihren neuen Vorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* in den bundesweiten Umfragen auf drei bis vier Prozent ab. Um der Bedeutungslosigkeit zu entgehen, wollte man im Rahmen einer „Herbstoffensive“ eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen organisieren, die sich mit der Eurorettung und der Flüchtlingsthematik befassen sollten. Als das Flüchtlingsthema ab dem Herbst 2015 für die Bevölkerung eine bisher noch nie dagewesene Relevanz erhielt – nicht zuletzt durch die, auch in der Folge von *Angela Merkels* Entscheidung vom 6. September, die in Ungarn feststehenden Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen, deutlich steigenden Zugangszahlen – konzentrierte man sich allein darauf.

Die starke gesellschaftliche und politische Thematisierung des Flüchtlingsproblems als neuem Markenkern der AfD bescherte der Partei deutlich steigende Umfragewerte (vgl. Abbildung 1). Hinzu kamen im ersten Vierteljahr 2016 drei weitere Ereignisse, die der Partei zusätzlich Auftrieb verschafften: Die vor allem durch Nordafrikaner begangenen Übergriffe in Köln in der Silvesternacht, die durch die Flüchtlingsthematik geprägten Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März, wo die AfD mit 15,1 beziehungsweise 12,6 Prozent in den beiden westdeutschen Bundesländern auf dem dritten Platz landete und in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent so-

gar zur zweitstärksten Partei wurde, und die islamistischen Terroranschläge am 22. März in Brüssel. Am 30. April und 1. Mai hielt die AfD schließlich ihren von großem Medieninteresse begleiteten Parteitag ab, der ihr eine nochmalige Steigerung der Umfragewerte brachte. Im Gegensatz zur Entwicklung bis zur Spaltung Mitte 2015 hat ihr bisher nicht geschadet, dass es innerhalb des neuen Vorstands und zwischen Vorstandsvertretern und Funktionären auf der Landesebene, wie zum Beispiel dem thüringischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden *Björn Höcke*, schon sehr bald zu erneuten Streitigkeiten kam, die neben dem Führungsstil *Frauke Petrys* vor allem die Frage der Abgrenzung der AfD vom äußersten rechten Rand betrafen.

Aufgrund der Ergebnisse der drei Landtagswahlen wird jetzt verstärkt über die Wählerschaft der AfD diskutiert. Wer wählt die AfD? Ist sie von ihrer Wählerstruktur her tatsächlich die „neue Volkspartei“, als die sie sich nach den Wahlen sieht⁴? Wird sie also von den verschiedenen sozialen Gruppen in etwa gleich stark gewählt, und wie setzt sich ihre Wählerschaft zusammen? Wo kommen die Wähler der AfD politisch her, welchen der anderen Parteien schadet sie am meisten, weil sie Wähler von ihnen abzieht? Wie lässt sich die AfD-Wählerschaft ideologisch verorten, insbesondere: wie weit rechts steht sie? Die folgende Analyse widmet sich diesen Fragen mit neuem Datenmaterial.

2. Wer sind die Wähler der AfD?

Bei der Sozialstrukturanalyse von Parteiwählerschaften lassen sich zwei Fragestellungen unterscheiden: Zum einen kann es darum gehen, von welchen sozialen Gruppen eine Partei über- oder unterdurchschnittlich gewählt wird, zum anderen, wie die Zusammensetzung der Parteiwählerschaft nach sozialen Gruppen aussieht. Beide Blickwinkel sind notwendig, denn aus der Tatsache, dass eine Partei von einer bestimmten sozialen Gruppe deutlich überdurchschnittlich gewählt wird, lässt sich nicht einfach schließen, dass diese Gruppe die Parteiwählerschaft dominiert, denn dies ist von der Größe der Gruppe in der Gesamtwählerschaft abhängig.⁵

Nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016 gerieten diese Fragen vor allem dadurch in die öffentliche Diskussion, dass die AfD bei den Arbeitern und Arbeitslosen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt stärkste Partei wurde.⁶ Kommentiert wurde dies in den Medien mit der Aussage, die AfD wandle sich von der „Professoren- zur Prekariats-Partei“⁷. Wohl auch aufgrund der Landtagswahlergebnisse justierte die Partei im Rahmen ihrer Arbeit am Entwurf des Grundsatzprogramms die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung neu: So finden sich zum Beispiel manche allzu marktliberale Positionen wie die in

4 Vgl. zum Beispiel *Claudia Ehrenstein*, AfD erklärt sich selbst zur neuen Volkspartei, in: Die Welt online vom 14. März 2016, <http://www.welt.de/153267172> (Abruf am 15. März 2016).

5 Wenn zum Beispiel eine Partei insgesamt 25 Prozent der Wählerstimmen erhält und von allen Personen, also 100 Prozent, einer bestimmten sozialen Gruppe gewählt wird, diese Gruppe aber nur 5 Prozent der gesamten Wählerschaft bei einer Wahl ausmacht, dann beträgt der Anteil an der Wählerschaft dieser Partei nur 20 Prozent.

6 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport zur Landtagswahl Baden-Württemberg, Berlin 2016, S. 42 und Wahlreport zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt, Berlin 2016, S. 47.

7 AfD wandelt sich von Professoren- zur Prekariats-Partei, in: Die Welt online vom 21. März 2016, <http://www.welt.de/153514296> (Abruf am 21. März 2016).

Tabelle 1: Wahlabsicht für die AfD nach sozialen Gruppen (in Prozent)

	4. Quartal 2013	4. Quartal 2014	4. Quartal 2015	1. Quartal 2016
Gesamt	4	8	8	11
Geschlecht				
männlich	6	10	11	15
weiblich	2	5	4	6
Alter				
18 bis 24 Jahre	4	9	4	7
25 bis 34 Jahre	4	7	9	10
35 bis 44 Jahre	4	9	9	14
45 bis 59 Jahre	4	8	10	11
60 Jahre und älter	4	7	6	9
Bildung				
niedrig	4	7	7	9
mittel	4	9	10	13
hoch	6	7	6	8
Erwerbsstatus				
Berufstätig	4	8	9	12
Arbeitslos	7	13	8	12
Rentner/Pensionäre	4	6	7	9
Sonstiges	3	7	5	6
Berufsgruppe				
Arbeiter	4	10	13	18
Angestellte	4	7	8	10
Beamte	5	9	7	12
Selbständige	5	11	11	13

Quelle: Infratest dimap, jeweils kumulierte Auswertung des DeutschlandTREND und des MorgenMagazin DeutschlandTREND: 4. Quartal 2013: N = 5.552; 4. Quartal 2014: N = 8.850; 4. Quartal 2015: N = 9.784; 1. Quartal 2016: N = 8.886.

einem Entwurf vom Februar enthaltenen Forderungen nach Privatisierung des Arbeitslosengelds I und der Unfallversicherung im Leitantrag des Bundesvorstands zum Bundesparteitag am 30. April/1. Mai 2016 nicht mehr wieder, auch wenn weiterhin die Maxime gilt: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“⁸.

Tabelle 1 zeigt die Wahlabsicht verschiedener sozialer Gruppen für die AfD bei bundesweiten Umfragen jeweils im vierten Quartal 2013, 2014 und 2015 sowie im ersten Quartal 2016. Die Zahlen verdeutlichen, dass die Affinität der Arbeiterschaft zur AfD mit der Zeit deutlich zugenommen hat: Im ersten Quartal 2016 bekundeten bundesweit im Durchschnitt elf Prozent aller Wahlberechtigten mit Parteipräferenz, für die AfD stimmen zu wollen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre; bei den Arbeitern waren es 18 Prozent.

8 Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes zum Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S. 50; <https://www.alternativefuer.de/bpt-stuttgart/> (Abruf am 25. März 2016).

Tabelle 2: Zusammensetzung der Anhängerschaft der AfD nach sozialen Gruppen (in Prozent)

	4. Quartal 2013	4. Quartal 2014	4. Quartal 2015	1. Quartal 2016
Geschlecht				
männlich	76	71	71	72
weiblich	24	29	29	28
Alter				
18-24 Jahre	10	10	4	5
25-34 Jahre	14	13	15	12
35-44 Jahre	15	17	16	20
45-59 Jahre	26	29	35	32
60 Jahre und älter	35	31	30	32
Bildung				
niedrig	27	22	21	20
mittel	35	51	54	55
hoch	38	28	24	25
Erwerbsstatus				
Berufstätig	56	58	61	63
Arbeitslos	5	4	2	3
Rentner/Pensionäre	29	26	28	27
Sonstiges	10	12	9	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	18	20	23	26
Angestellte	63	58	56	53
Beamte	6	9	6	7
Selbständige	13	13	15	14

Quelle: Infratest dimap, jeweils kumulierte Auswertung des DeutschlandTREND und des MorgenMagazin DeutschlandTREND: 4. Quartal 2013: N = 5.552; 4. Quartal 2014: N = 8.850; 4. Quartal 2015: N = 9.784; 1. Quartal 2016: N = 8.886. Prozentuiert auf gültige Werte.

Für die soziale Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft bedeutet dies, wie Tabelle 2 zeigt, dass im ersten Quartal 2016 bundesweit die Erwerbstätigen zwei Drittel der AfD-Anhänger ausmachten.⁹ Unter diesen stellten die Arbeiter ein Viertel, die Angestellten jedoch über die Hälfte und Beamte und Selbständige etwa ein Fünftel. Auch wenn man annimmt, dass bei den Rentnern/Pensionären dieselbe Verteilung der früheren Berufe gegeben ist, bilden die Arbeiter somit nur eine relativ kleine Minderheit innerhalb der AfD-Anhängerschaft.

Auch zwei weitere Indikatoren sprechen gegen die These von der AfD als Prekariats-Partei beziehungsweise „Partei der kleinen Leute“, wie sie der stellvertretende Parteivorsitzende *Alexander Gauland* bezeichnete.¹⁰ Zum einen äußerten Befragte mit mittlerer Bildung seit Ende 2014 durchweg eine leicht überdurchschnittliche AfD-Wahlabsicht. Diese Gruppe macht aktuell über die Hälfte der Anhängerschaft aus, Personen mit niedriger Bil-

⁹ In den Umfragen wurde zunächst nach dem Erwerbsstatus gefragt und die Erwerbstätigen dann nach ihrer Berufsgruppe.

¹⁰ Zitiert nach *Jörg Köpke*, AfD will neoliberal sein – und auch für kleine Leute, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 24./25. März 2016, S. 5.

dung stellen nur ein Fünftel (vgl. Tabellen 1 und 2). Zum anderen zeigen die kumulierten Auswertungen des DeutschlandTRENDS von Infratest dimap zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2016, dass die AfD-Anhänger verglichen mit allen Wahlberechtigten über ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen verfügen. Zudem beschreiben etwa vier Fünftel der AfD-Anhänger in einer Umfrage vom März 2016 ihre wirtschaftliche Situation als „sehr gut“ oder „gut“.¹¹

Zwei weitere Ergebnisse der Sozialstrukturanalyse sollen noch hervorgehoben werden: Wie auch bei anderen Parteien des rechten Spektrums wird die AfD überdurchschnittlich von Männern gewählt; sie machen aktuell etwa 70 Prozent der Anhängerschaft aus. In der Altersverteilung ist die Entwicklung uneinheitlich: In neuester Zeit bekunden die Jüngeren (18 bis 24 Jahre) eine deutlich unterdurchschnittliche und die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen eine überdurchschnittliche Affinität zur AfD.¹²

3. Woher kommen die Wähler der AfD?

Eine bei einer Wahl neu in den Wettbewerb eintretende Partei kann ihre Wählerschaft aus unterschiedlichen Quellen rekrutieren: Sie kann – in unterschiedlichem Maße – Wähler von den zuvor im Wettbewerb vertretenen Parteien abziehen, sie kann bisherige Nichtwähler mobilisieren, oder sie kann bei der letzten Wahl im Wahlgebiet nicht Wahlberechtigte, also Erstwähler oder Zugezogene, überzeugen. In welchem Ausmaß diese verschiedenen Quellen bei der AfD eine Rolle gespielt haben, lässt sich aus den Wählerwanderungsanalysen jener Wahlen ersehen, an der die AfD bisher teilgenommen hat.

Diese Analysen werden von Infratest dimap im Rahmen der Wahlberichterstattung für die ARD am Wahlabend erstellt. Sie modellieren die Wählerbewegungen zwischen den Parteien, den Austausch mit den Nichtwählern sowie die Verschiebungen durch Änderungen des so genannten Wahlkörpers. Dabei werden insbesondere die Veränderungen durch im Laufe der Wahlperiode gestorbene Wahlberechtigte sowie neu hinzugekommene Wahlberechtigte berücksichtigt. Zentrales Kernstück dieses Wählerwanderungsmodells sind die Befragungsdaten der Wahltagsbefragung – es handelt sich damit um ein Modell auf Individualebene und nicht um ein ökologisches Modell zum Beispiel auf der Grundlage von Wahlkreisergebnissen.¹³ Es werden für jede Partei Stromkonten berechnet, die Gewinne und Verluste im Austausch zwischen den Parteien, das Wechselspiel zwischen Wahlteilnahme und Wahlenthaltung sowie beim Generations- und Ortswechsel beziffern. Die Einzelströme werden gerundet, so dass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der

11 Vgl. *Christina Elmer und Annett Meiritz*, Spiegel-Umfrage zur AfD: Frust ohne Not, in: Spiegel online vom 25. März 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-nur-wenige-anhaenger-haben-existenzaengste-umfrage-a-1083692.html> (Abruf am 25. März 2016).

12 Kombiniert man Geschlecht und Alter, dann hatten im ersten Quartal 2016 die Männer im Alter von 35 bis 44 Jahren mit 21 Prozent von allen hier betrachteten sozialen Gruppen den höchsten Wert bei der AfD-Wahlabsicht.

13 Zu den methodischen Grundlagen und dem Vergleich mit alternativen Verfahren vgl. ausführlich: *Richard Hilmer / Michael Kunert*, Wählerwanderung: das Modell von Infratest dimap, in: *Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Bernhard Wessels* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, S. 134 – 156.

ausgewiesenen Gruppen beruhen – neben den Wahltagsbefragungen – auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahlbefragungen und den amtlichen Wahlergebnissen. Die Informationen aus den Wählerwanderungen und den Daten der Wahltagsbefragungen ermöglichen neben der Bestimmung von absoluten Zu- und Abströmen sowie der am Wahlabend präsentierten Analyse der Nettoströme beziehungsweise Salden auch Analysen zu Struktur und Motiven des Wechsels.¹⁴

Die Wählerwanderungsdaten sind in den Wahlreports zu allen Bundes- und Landtagswahlen ausführlich in Form von Stromkonten mit Zu- und Abströmen zwischen den Parteien, Nichtwählern, dem Ortswechsel sowie dem Generationswechsel dokumentiert. Damit lassen sich für alle ausgewiesenen Parteien einschließlich der AfD – ähnlich wie bei der Sozialstrukturanalyse – zwei verschiedene Fragen beantworten: Zum einen kann damit verdeutlicht werden, in welchem Maße die AfD den anderen Parteien geschadet hat, das heißt wie viel Prozent der bisherigen Wählerschaft der anderen Parteien zur AfD gewechselt sind, beziehungsweise welchen Prozentsatz der bisherigen Nichtwähler oder bei der letzten Wahl im Wahlgebiet nicht Wahlberechtigten sie mobilisiert hat. Zum anderen lässt sich damit zeigen, wie groß unter der AfD-Wählerschaft die Anteile der früheren Wähler anderer Parteien, der früheren Nichtwähler und der bei der letzten Wahl im Wahlgebiet nicht Wahlberechtigten sind.

Tabelle 3 zeigt die Entscheidung für die AfD nach der politischen Herkunft ihrer Wähler für die Bundestagswahl 2013 und alle nachfolgenden Landtagswahlen bis 2016.¹⁵ Dabei fällt zunächst die starke Sogwirkung auf, die die AfD schon bei der Bundestagswahl und noch viel stärker bei den folgenden Landtagswahlen auf die Wähler entwickelte, die bei den jeweils vorhergehenden Wahlen eine der „Sonstigen“, also der in der Regel nicht im Bundestag oder den Landtagen vertretenen Kleinstparteien¹⁶, gewählt hatten. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt 2016 ging jeweils etwa die Hälfte der Stimmen, die 2011 für

14 Vgl. zu den neueren Analysen auch *Jürgen Hofrichter / Michael Kunert*, Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005: Umfang, Struktur und Motive des Wechsels, in: *Oscar W. Gabriel / Bernhard Weßels / Jürgen W. Falter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden 2009, S. 228 – 250 und *Stefan Merz / Jürgen Hofrichter*, Wähler auf der Flucht: die Wählerwanderung zur Bundestagswahl 2009, in: *Bernhard Weßels / Oscar W. Gabriel / Harald Schoen* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2013, S. 97 – 117.

15 Das heißt es werden die folgenden Landtagswahlen einbezogen: Sachsen (SN) am 31. August 2014, Brandenburg (BB) und Thüringen (TH) am 14. September 2014, Hamburg (HH) am 15. Februar 2015, Bremen (HB) am 10. Mai 2015 sowie Baden-Württemberg (BW), Rheinland-Pfalz (RP) und Sachsen-Anhalt (ST) am 13. März 2016. Die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wird aus zwei Gründen nicht einbezogen: Zum einen galt die Fünfprozentklausel nicht, so dass die institutionellen Rahmenbedingungen des Wahlverhaltens sich von den anderen Wahlen unterschieden, zum anderen wurde als Vergleichsgröße die letzte Bundestagswahl und nicht die EP-Wahl 2009 herangezogen. Berichtsgegenstand der Wählerwanderung zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen sind Wähler, nicht Stimmen. Für die Wähler-Kategorisierung im Wanderungsmodell ist maßgeblich, welche Partei alle oder aber die meisten der fünf Landestimmen erhalten hat.

16 Zu den Sonstigen wurden hier auch die Bürger in Wut (BiW), die bei der Bremer Bürgerschaftswahl 2011 einen Sitz errungen hatte, und die NPD, die bei der Landtagswahl 2009 in Sachsen acht Mandate erhalten hatte, gezählt. Die Linkspartei und die FDP werden durchgängig nicht zu den Sonstigen gezählt, obwohl sie nach den jeweils vorhergehenden Wahlen nicht überall in den Landtagen vertreten waren.

Tabelle 3: Wahlentscheidung für die AfD nach politischer Herkunft (in Prozent)

	Bundestagswahl 2013	Landtagswahl Sachsen	Landtagswahl Brandenburg	Landtagswahl Thüringen	Bürgerschaftswahl Hamburg	Bürgerschaftswahl Bremen	Landtagswahl Baden-Württemberg	Landtagswahl Rheinland-Pfalz	Landtagswahl Sachsen-Anhalt
CDU	2	5	7	6	5	4	10	8	12
SPD	2	4	3	6	2	1	8	6	9
Grüne	2	3	1	2	1	2	6	2	4
Die Linke	7	4	5	6	2	0	16	21	12
FDP	7	10	17	14	9	8	7	10	15
Durchschnitt	4	5	7	7	4	3	9	9	11
Sonstige Parteien	16	23	27	24	24	20	54	38	48
Nichtwähler	1	1	2	1	1	1	8	7	10
Erstwähler	3	5	6	6	2	0	7	6	11
Zugezogene	6	5	5	2	2	1	5	9	17

Lesebeispiel: Sieben Prozent derjenigen, die bei der Bundestagswahl 2009 die FDP gewählt hatten, haben bei der Bundestagswahl 2013 die AfD gewählt.
Quelle: Eigene Berechnungen mit den Daten der Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap zu den jeweiligen Wahlen.

eine der sonstigen Parteien abgegeben worden waren, diesmal an die AfD. Neben inhaltlichen Gründen und Protestwahlverhalten hat für die Wähler von Kleinstparteien sicherlich auch die Tatsache eine Rolle gespielt, dass mit der AfD eine Partei antrat, der in den Umfragen vor der Wahl das Überschreiten der Fünfprozenthürde vorhergesagt wurde, so dass die eigene Stimme diesmal etwas zählte. Da jedoch die Wählerzahl der sonstigen Parteien nicht allzu groß ist¹⁷, stammt auch in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nur etwa ein Fünftel der AfD-Wählerschaft aus dieser Gruppe (vgl. dazu Tabelle 4)

Betrachtet man die etablierten Parteien, wird zunächst deutlich, dass die AfD von allen anderen Parteien Wähler abziehen konnte, allerdings in deutlich unterschiedlichem Maße. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte sie weit überdurchschnittlich frühere Wähler der FDP und der Linkspartei gewinnen. Dies lag primär an ihrer kritischen Haltung zur Eurorettungspolitik, die von vielen Wählern dieser beiden Parteien geteilt wurde. Die Linkspartei hatte zwar im Bundestag die Beschlüsse zur Eurorettung abgelehnt, kommunizierte im Wahlkampf aber kein schlüssiges Alternativkonzept. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Sabira Wagenknecht* sah sogar „viele Überschneidungen“ mit der Position der Linkspartei, da die AfD „in vielen Punkten ... mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Eurorettung recht“ habe.¹⁸ Die Regierungspartei FDP war parteiintern in dieser Frage zeitweise

17 Zählt man alle nicht für die CDU, die SPD, die Grünen, Die Linke und die FDP abgegebenen Stimmenanteile zusammen, so wurden bei der Bundestagswahl 2009 sechs Prozent der Stimmen für die sonstigen Parteien abgegeben; bei den folgenden Landtagswahlen waren es zwischen 5,4 Prozent (Hamburg 2011) und 12,4 Prozent (Sachsen 2009).

18 Zitiert nach „Die AfD hat in vielen Punkten recht“, Interview mit *Sabira Wagenknecht* vom 29. April 2013, <http://www.n-tv.de/politik/Die-AfD-hat-in-vielen-Punkten-recht-article10546126.html> (Abruf am 4. Mai 2013).

so zerstritten, dass es Ende 2011 sogar zu einem Mitgliederentscheid über die Haltung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus kam, der nur knapp wegen Nichterfüllung des notwendigen Quorums scheiterte.¹⁹

Die Freidemokraten verloren auch bei den Landtagswahlen 2014 und 2015, als die Außenwahrnehmung der AfD mit den Themen innere Sicherheit und Einwanderung von ihrer Positionierung im Rahmen der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie bestimmt wurde, in hohem, weit überdurchschnittlichen Maße Wähler an die neue Konkurrentin. So gab zum Beispiel bei der Wahl in Brandenburg 2014 ein Sechstel der FDP-Wähler von 2009 ihre Stimme diesmal der AfD. Erst als die FDP ihre Kampagnen zu den Wahlen im März 2016 darauf abstellte, sich bei den Kritikern der Flüchtlingspolitik als in der Mitte der Gesellschaft verankerte Alternative zur AfD zu profilieren, konnte sie in den beiden westdeutschen Bundesländern die Abwanderung verringern. Die Linkspartei, die eine konsequent liberale Linie in der Flüchtlingspolitik vertrat, verlor bei diesen drei vom Thema Flüchtlingskrise geprägten Landtagswahlen ihre mit Abstand höchsten Wähleranteile an die AfD (vgl. Tabelle 3). Weil die Partei in den beiden westdeutschen Bundesländern elektoral immer noch sehr schwach ist – sie erreichte nicht einmal drei Prozent –, sind ehemalige Linke-Wähler in der dortigen AfD-Wählerschaft mit drei beziehungsweise vier Prozent jedoch kaum vertreten (vgl. Tabelle 4).

Der nähere Blick auf die AfD-Wähler bei den März-Wahlen von 2016 zeigt, wie sehr deren Einstellungen von der Flüchtlingspolitik geprägt waren: Diese war für ihre Wahlentscheidung das mit Abstand wichtigste Thema; sie waren geschlossen der Ansicht, dass *Angela Merkel* mit ihrer Politik einen Fehler gemacht habe, dass die etablierten Parteien die Sorgen der Bürger nicht ernst nähmen, dass mehr für Flüchtlinge als für Einheimische getan werde; und sie hielten die Flüchtlinge keinesfalls für eine Bereicherung. Ebenso einhellig machten sie sich Sorgen, dass die Kriminalität in Deutschland ansteige, der Islam zu einflussreich werde und sich die Lebensweise in Deutschland zu stark verändere. Die AfD-Anhänger hatten insgesamt den Eindruck, dass die Bundesregierung die Lage nicht im Griff habe, und mindestens vier von fünf waren mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden.²⁰ Die Unterstützung für die AfD speiste sich somit zum einen aus dem Protest gegen die Flüchtlingspolitik und zum anderen aus einem Gefühl der politischen Entfremdung von den etablierten Parteien. Sie war zudem auch weitgehend unabhängig von dem Spitzenpersonal, das die AfD ins Rennen schickte.

In absoluten Zahlen ausgedrückt, hat von den etablierten Parteien die CDU bei allen Landtagswahlen außer in Brandenburg die meisten Wähler an die AfD verloren. Dies schlägt sich in Tabelle 4 darin nieder, dass ehemalige CDU-Wähler bei diesen Wahlen den größten Anteil an der AfD-Wählerschaft hatten. Tabelle 3 zeigt allerdings, dass die CDU-Wählerverluste bei allen Wahlen in etwa im Durchschnitt der etablierten Parteien lagen, die CDU also nirgends einen weit überdurchschnittlichen Anteil ihrer Wählerschaft der jeweils letzten Wahl an die AfD verloren hat, wie es zum Beispiel bei der FDP der Fall war.

19 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Von der dritten Kraft zur marginalen Partei: Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013, in: *ders.* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 103 – 134, S. 117.

20 Zu den Daten vgl. Infratest dimap, Wahlreport: Landtagswahl Baden-Württemberg 2016, Berlin 2016; Wahlreport: Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016, Berlin 2016, und Wahlreport: Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016, Berlin 2016.

Tabelle 4: Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft nach politischer Herkunft (in Prozent)

	Bundestagswahl 2013	Landtagswahl Sachsen	Landtagswahl Brandenburg	Landtagswahl Thüringen	Bürgerschaftswahl Hamburg	Bürgerschaftswahl Bremen	Landtagswahl Baden-Württemberg	Landtagswahl Rheinland-Pfalz	Landtagswahl Sachsen-Anhalt
CDU	14	21	15	18	19	17	23	19	14
SPD	9	5	10	12	16	8	11	14	7
Grüne	4	2	1	1	2	8	9	2	1
Die Linke	17	9	16	16	2	0	3	4	10
FDP	21	11	14	11	9	4	2	3	2
Sonstige Parteien	20	33	22	23	21	46	19	17	20
Nichtwähler	10	10	10	12	19	13	26	30	37
Erstwähler	5	4	5	4	5	0	4	4	3
Zugezogene	0	6	7	2	7	4	3	7	6

Lesebeispiel: 21 Prozent der AfD-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2013 hatten bei der Bundestagswahl 2009 die FDP gewählt.
Quelle: Eigene Berechnungen mit den Daten der Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap zu den jeweiligen Wahlen.

Zum Schluss lohnt noch ein Blick auf die Nichtwähler: Die AfD konnte bereits bei den Wahlen von 2014 und 2015, die alle durch eine mehr oder minder stark sinkende Beteiligung gekennzeichnet waren, im Vergleich der Parteien am meisten Nichtwähler mobilisieren. Bei den drei Landtagswahlen im März 2016 gelang ihr ein enormer Mobilisierungserfolg, denn sie profitierte weitaus am stärksten von der erheblich gestiegenen Wahlbeteiligung.

4. Wie weit rechts stehen die Wähler der AfD?

Die AfD wird in der öffentlichen Diskussion heute meist als rechtspopulistische Partei bezeichnet. Diese Klassifizierung birgt jedoch zwei Probleme: Zum einen gibt es keine allgemein anerkannte Definition von Rechtspopulismus²¹, und zum anderen macht diese Bezeichnung die Bandbreite von Positionen nicht deutlich, die von der AfD und ihren Akteuren vertreten wird. Wir schließen uns daher der Kennzeichnung der AfD als „nationalkonservative Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus hin“²² an. Programmatisch zeigt sich der Primat des Nationalen schon in der Präambel des Anfang Juni 2016 beschlos-

21 Vgl. Richard Stöss, Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 563 – 618, S. 574 ff.

22 So der Politikwissenschaftler Richard Stöss, zitiert nach Thomas Lanig, Warum die AfD nicht so erfolgreich sein wird wie die FPÖ, in: Stern online vom 25. April 2016, <http://www.stern.de/politik/deutschland/afd-wohl-nie-so-erfolgreich-wie-die-fpoec-6814160.html> (Abruf am 26. April 2016).

senen Grundsatzprogramms²³ (wir wollen „Deutsche sein und bleiben“) und setzt sich in der Position zur EU fort, die man „zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“ zurückführen will. Konservative Wertvorstellungen durchziehen die gesellschaftspolitischen Positionen und werden etwa im Familien- und Frauenbild deutlich. Die Brücken zum Rechtsextremismus zeigen sich im völkisch-nationalistischen Tenor des Programmkapitels über „Kultur, Sprache und Identität“, das fremdenfeindliche Positionen mit rassistischen Untertönen enthält. Verstärkt werden diese Brücken durch das Agieren von Vertretern des äußersten rechten Rands wie *Björn Höcke*, dessen Äußerungen über das Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern und Europäern als eindeutig rassistisch einzustufen sind.²⁴

Hier interessiert jedoch weniger, wie weit rechts die Partei steht, sondern wie weit rechts ihre Wähler stehen. Die kann auf unterschiedliche Weise ermittelt werden. In allgemeinen Bevölkerungsumfragen wird üblicherweise eine Frage zur ideologischen Selbsteinschätzung verwendet, die die Befragten bittet, sich auf einer mehrstufigen, von „links“ bis „rechts“ reichenden Skala einzuordnen. Diese Einordnung dient den Wählern bei der eigenen politisch-ideologischen Positionierung und der Positionierung der Parteien als Orientierungsrahmen, kann aber mit unterschiedlichen Inhalten verbunden werden.²⁵ Wenn es um den äußersten rechten Rand geht, bietet es sich daher alternativ an, zu untersuchen, ob jemand ein rechtsextremes Einstellungsmuster aufweist. Für beide Vorgehensweisen gibt es jedoch kein allgemein anerkanntes und in allen Untersuchungen verwendetes Instrument.

Die zur Messung der ideologischen Selbsteinschätzung verwendeten Instrumente unterscheiden sich vor allem in Bezug auf die Differenziertheit der Antwortmöglichkeiten.²⁶ Infratest dimap arbeitet mit einer Links-Rechts-Skala mit elf Punkten, lässt also eine hohe Differenzierung im Ausmaß an linker oder rechter Verortung zu und bietet den Befragten die Möglichkeit, sich exakt in der Mitte einzuordnen.²⁷ Seit 1998 werden auf diese Weise

23 Vgl. hierzu: Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, https://www.alternative.fuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Abruf am 20. Mai 2016).

24 Vgl. zum Beispiel „Politologe bescheinigt Höcke ‘klaren Rassismus‘“, in: Spiegel online vom 1. Januar 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-gutachten-hoecke-praktiziert-klaren-rassismus-a-1070033-druck.html> (Abruf am 3. Januar 2016).

25 So lassen sich in unserer Unterscheidung zweier zentraler Konfliktlinien des Parteiensystems (vgl. Abschnitt 1) im Sozialstaatskonflikt die an sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wertvorstellungen als „links“ und die marktliberalen als „rechts“ kennzeichnen. Auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie gelten die progressiv-libertären Positionen als „links“ und die konservativ-autoritären als „rechts“.

26 Die Antwortmöglichkeiten können von der einfachen Dichotomisierung in „links“ und „rechts“ bis zu Skalen mit unterschiedlich vielen Abstufungen reichen, wobei im letzteren Fall noch entschieden werden muss, ob man mit einer Skalenmitte arbeitet, also eine ungerade Zahl von Abstufungen vorgibt, oder die Befragten durch eine gerade Anzahl von Abstufungen zwingt, sich für eine Seite zu entscheiden.

27 In den hier analysierten Befragungen wurden sowohl die Einstufungen der Parteien als auch der eigenen Person abgefragt. Der Text lautete: „Man spricht in der Politik immer wieder von „links“ und „rechts“. Wenn sie einmal an die Parteien in Deutschland denken: Wo würden sie die („Parteiename“) auf einer Skala von 1 bis 11 einordnen, wobei 1 bedeutet, dass die Partei „links“ ist, und 11 bedeutet, dass die Partei „rechts“ ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen. Und wie ist das mit Ihnen selbst? Wo würden Sie sich auf einer Skala einordnen, bei der 1 „links“ bedeutet und 11 „rechts“?“

Tabelle 5: Links-Rechts-Einstufung (Prozentsätze und Mittelwerte)

	sehr links	links	Mitte	rechts	sehr rechts	Mittelwert
Einschätzung der AfD: Bevölkerung						
Oktober 2014	7	19	9	35	30	7,5
November 2015	4	11	7	38	40	8,3
Einschätzung der AfD: AfD-Anhänger						
Oktober 2014	1	24	28	45	2	6,7
November 2015	2	7	25	55	11	7,2
Selbsteinschätzung: Bevölkerung						
Oktober 2014	8	49	22	17	4	5,4
November 2015	8	51	23	15	3	5,1
Selbsteinschätzung: AfD-Anhänger						
Oktober 2014	7	20	30	37	6	6,4
November 2015	1	13	44	42	–	6,4
Anmerkung: Skala von 1 bis 11; sehr links = 1 bis 2, links = 3 bis 5, Mitte = 6, rechts = 7 bis 9, sehr rechts 10 bis 11.						
Quelle: Infratest dimap, eigene Erhebung im Rahmen des ARD-DeutschlandTREND vom Oktober 2014 (N gesamt = 1002, n AfD-Anhänger = 55) und November 2015 (N gesamt = 1003, n AfD-Anhänger = 49).						

die Einschätzungen der Parteien durch die Befragten und deren Selbsteinschätzung erhoben. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass sich die CDU unter *Angela Merkel* in den Augen der Bevölkerung von einer gemäßigt rechten Einstufung auf die Mitte zu bewegt hat und im November 2015 erstmals links von der Mitte eingestuft wurde.²⁸ Auch die CSU rückte auf die Mitte zu, verblieb aber auf der rechten Seite. Da ihr politischer Wirkungsräum auf Bayern begrenzt ist und die NPD von der Bevölkerung extrem weit rechts verortet wird, besteht auf der rechten Seite des ideologischen Spektrums ein relativ breiter Freiraum für die AfD.

Tabelle 5 gibt die Links-Rechts-Einstufung der AfD durch die Bevölkerung und die AfD-Anhänger sowie die ideologische Selbsteinschätzung im Oktober 2014 und November 2015 wieder. Der Vergleich der beiden Zeitpunkte zeigt, dass sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die eigene Anhängerschaft die AfD nach der Abspaltung des Flügels um *Bernd Lucke* im Gefolge des Parteitags Anfang Juli 2015 als weiter rechts stehend wahrgenommen haben.²⁹ Zu beiden Zeitpunkten schätzten die AfD-Anhänger ihre Partei allerdings als weniger rechts ein, als es die Bevölkerung tat, wie der Vergleich der Mittelwerte zeigt. „Sehr rechts“ war sie im November 2015 für zwei Fünftel der Bevölkerung, während nur jeder zehnte AfD-Anhänger sie am rechten Rand verortete.

28 Vgl. Infratest dimap, AfD rückt nach rechts, CDU nach links, Berlin 2015, http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/LinksRechts_Nov2015_01.pdf (Abruf am 3. Juni 2016)

29 Dies steht im Einklang mit der Medienberichterstattung, die den Parteitag in der Regel als „Ruck nach rechts“ interpretierte (vgl. *Jens Schneider*, Ruck nach rechts, in: *Süddeutsche.de* vom 5. Juli 2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-parteitag-ruck-nach-rechts-1.2551444> (Abruf am 7. Juli 2015)).

Bei der Selbsteinschätzung sehen sich vier Fünftel der Gesamtbevölkerung und auch die Mehrheit der AfD-Anhängerschaft in der Mitte oder links davon, etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung und rund zwei Fünftel der AfD-Anhänger verorten sich rechts. Als „sehr rechts“ stehend bezeichnen sich selbst nicht nur insgesamt sehr wenige Befragte, sondern auch sehr wenige AfD-Anhänger.

Anders sehen die Ergebnisse aus, wenn man nicht die allgemeine ideologische Selbsteinschätzung abfragt, sondern die Existenz eines rechtsextremen Einstellungsmusters. Die Operationalisierung dieses Musters ist allerdings deutlich schwieriger als die Abfrage der Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Bei der Entwicklung eines Messinstruments sind vier Fragen zu beantworten: (1) Welche Dimensionen umfasst ein rechtsextremes Weltbild? (2) Wie werden die einzelnen Dimensionen gemessen? (3) Auf welche Weise werden die Einzelmessungen zusammengefasst? (4) Ab welchem Ausmaß rechtsextremer Einstellungen hat jemand ein rechtsextremes Weltbild? Diese Fragen wurden in der Vergangenheit von Rechtsextremismusstudien unterschiedlich beantwortet, so dass die Ergebnisse nicht oder nur eingeschränkt vergleichbar waren. Aus diesem Grund wurde schon 2004 auf einer Konferenz an der FU Berlin von einer Gruppe von Experten, die sich regelmäßig mit der empirischen Analyse von rechtsextremen Einstellungen befassten, ein Vorschlag für ein einheitliches Messinstrument erarbeitet. Zur Beantwortung der ersten Frage kamen die Teilnehmer überein, dem rechtsextremen Weltbild die folgenden sechs Dimensionen zuzurechnen³⁰. (1) Fremdenfeindlichkeit, die die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch bewertet und dazu neigt, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder gar auszugrenzen; (2) Antisemitismus, also die Feindschaft gegenüber Juden, die als minderwertig und gefährlich angesehen werden; (3) Sozialdarwinismus, der nicht nur in der Natur, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich die Herrschaft der Stärkeren über die Schwächeren betont; (4) Chauvinismus, also ein übersteigerter Nationalismus, der es prinzipiell in Kauf nimmt, zur Erreichung seiner Ziele auch die Rechte anderer Nationen zu verletzen; (5) Befürwortung einer rechtsextremistisch ausgerichteten Diktatur, (6) Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Zur Messung wurden zunächst jeweils fünf Aussagen pro Dimension formuliert, die durch vergleichende Tests daraufhin untersucht wurden, wie gut sie die Dimension repräsentieren. In der Folgezeit wurden dann zwei kürzere Messinstrumente in bundesweiten Bevölkerungsumfragen verwendet: eines mit je einem Statement pro Dimension in Umfragen 2005 und 2008³¹ und eines mit drei Statements pro Dimension in sechs Umfragen in zweijährigem Abstand 2002 bis 2012.³² Hier wird das Befragungsinstrument mit einem

30 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Rechtsextremismus: Einstellungen und Verhaltensweisen, in: *Elke Morning* / *Jendrik Petersen* / *Bernd Rückwardt* (Hrsg.), *Multiplikatoren gegen Rechtsextremismus*, Frankfurt am Main 2009, S. 17 – 25, S. 18.

31 Zu den Ergebnissen der beiden bundesweiten Studien und einiger Regionalstudien in Berlin und Brandenburg vgl. *Richard Stöss* / *Oskar Niedermayer*, *Berlin-Brandenburg-Bus 2008: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008*, Berlin 2008.

32 Einen Überblick über die Entwicklung der rechtsextremen Einstellungsmuster und ihrer einzelnen Dimensionen in diesen Umfragen geben: *Oliver Decker* / *Johannes Kiess* / *Elmar Brähler*, *Die Mitte im Umbruch*, Bonn 2012, S. 48 ff.

Statement pro Dimension verwendet. Nach einer einleitenden Bemerkung³³ wurden den Befragten die folgenden sechs Aussagen zur Beurteilung vorgelegt:

- „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer/innen wieder in ihre Heimat zurückschicken.“
- „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“
- „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“
- „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“
- „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
- „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

Zur Zusammenfassung der Einzelmessungen zu einer Rechtsextremismusskala wurden jeder Antwort Punkte von null (stimme überhaupt nicht zu) bis drei (stimme voll und ganz zu) gegeben und alle Punkte zusammengezählt. Ein Befragter konnte somit von null (wenn er bei allen sechs Aussagen mit „stimme überhaupt nicht zu“ antwortete) bis 18 Punkte (wenn er überall mit „stimme voll und ganz zu“ antwortete) erreichen. Zum rechtsextremistischen Einstellungspotenzial wurden alle Befragten gerechnet, die eine Punktzahl über dem Skalenmittelwert (neun) erreichten, also zehn oder mehr Punkte.³⁴

Tabelle 6 gibt die Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen des rechtsextremistischen Einstellungspotenzials und das Gesamtpotenzial für 2008 und 2016 wieder. Die höchste Zustimmungsrates erreicht bei der Gesamtbevölkerung zu beiden Zeitpunkten das chauvinistische Argument, dass die Leistungen anderer Völker nicht an die deutschen Leistungen heranreichen. An zweiter Stelle steht – angesichts des Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten erstaunlicherweise – die sozialdarwinistische Aussage, es gebe wertvolles und unwertes Leben. Den dritten Platz nimmt die wohlstandschauvinistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit ein. Die den Antisemitismus, die rechtsextreme Diktaturbefürwortung und die Verharmlosung des Nationalsozialismus betreffenden Aussagen werden jeweils von einem Achtel bis einem Sechstel der Bevölkerung bejaht. Die Anhänger der AfD weisen bei allen sechs Dimensionen deutlich höhere Zustimmungsrates auf. Am stärksten verbreitet ist hier die Fremdenfeindlichkeit, gefolgt vom Chauvinismus.

Im Jahre 2008 waren insgesamt zehn Prozent der Bevölkerung dem rechtsextremistischen Einstellungspotenzial zuzurechnen, 2016 waren es neun Prozent.³⁵ Bei den AfD-

33 „Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Während hier die Befragten gezwungen werden, sich für eine Seite zu entscheiden, wurde in den Studien mit den drei Statements pro Dimension zusätzlich eine neutrale Mittelposition (teils/teils) hinzugefügt.

34 Es gibt natürlich Alternativen zu einer solchen Skalenkonstruktion (zum Beispiel die unterschiedliche Gewichtung der sechs Dimensionen bei der Zusammenfassung oder die Verwendung des arithmetischen Mittels bei der Dichotomisierung der Skala), die alle ausführlich diskutiert und letztlich verworfen wurden. Zur Gewährleistung der vollen Vergleichbarkeit mit den früheren Untersuchungen wurde 2016 exakt dieselbe Operationalisierung verwendet.

35 Da auch die anderen, mit einer etwas abweichenden Messung arbeitenden Studien von 2002 bis 2012 zu fast identischen Ergebnissen kamen (betrug hier der Anteil der Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zwischen acht und zehn Prozent, vgl. *Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler*, a.a.O. (Fn. 32), S. 54), kann man davon ausgehen, dass etwa jeder Zehnte in Deutschland ein rechtsextremistisches Einstellungsmuster aufweist.

Tabelle 6: Rechtsextremistisches Einstellungspotenzial 2008 und 2016 (Dimensionen: „stimme voll und ganz zu“/„stimme eher zu“ in Prozent)

	2008 alle	2016 alle	2016 AfD ¹
„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer/innen wieder in ihre Heimat zurückschicken“ (Fremdenfeindlichkeit)	20	20	53
„Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ (Antisemitismus)	17	14	26
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ (Sozialdarwinismus)	23	24	37
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran“ (Chauvinismus)	37	25	46
„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ (Befürwortung eines rechtsextremistisch ausgerichteten Diktatur)	14	16	30
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ (Verharmlosung des Nationalsozialismus)	17	15	36
Rechtsextremistisches Einstellungspotenzial	10	9	28
<p>1) Anhänger der AfD. Quellen: 2008: <i>Richard Stöss / Oskar Niedermayer</i>, a.a.O. (Fn. 31), S. 31 (forsa, Umfrage Juni/Juli 2008, n = 6.005); 2016: Infratest dimap, Umfrage Februar/März 2016, n = 1.492. In der Erhebung erfolgte eine Aufstockung von AfD-Wählern auf insgesamt 166. Bei der Gewichtung der Daten wurde neben Alter, Geschlecht, Bildung und Region auch die veröffentlichte Sonntagfrage von Anfang März als Zusatzrand verwendet.</p>			

Anhängern sind es 2016 dreimal so viele, nämlich 28 Prozent (vgl. Tabelle 6). Im Vergleich zu den Wählerschaften anderer Parteien sind die AfD-Wähler in deutlich stärkerem Maße durch rechtsextremistische Einstellungsmuster gekennzeichnet: Bei den Unionswählern weisen zum Beispiel nur acht Prozent, bei den SPD-Wählern sechs Prozent ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial auf.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse dieses und des letzten Abschnitts über die Einstellungsmuster, die Selbsteinschätzung und die politische Herkunft der AfD-Wähler und -Anhänger ergibt jedoch auch: fast drei Viertel haben kein rechtsextremistisches Einstellungsmuster, die Mehrheit ordnet sich in der Mitte oder links von der Mitte ein, und ein nicht zu vernachlässigender Teil hat sich bei den vorhergehenden Wahlen für eine üblicherweise als „links“ geltende Partei entschieden. Was bringt solche Wähler dazu, eine Partei zu wählen, die von den meisten Beobachtern rechts von der Union verortet wird und der drei Viertel der Deutschen im Frühjahr 2016 den Vorwurf machen, sich nicht genug von rechtsextremen Positionen zu distanzieren?³⁶

Eine wesentliche Erklärung für dieses Verhalten bietet die so genannte Protestwahlthese.³⁷ Gemäß dem sozialpsychologischen Modell zur Erklärung des Wahlverhaltens³⁸, wird

36 Vgl. Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, März 2016, Mai 2016.

37 Vgl. hierzu schon *Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann*, Nichtwahl und Protestwahl. Zwei Seiten einer Medaille, in: APuZ, 43. Jg. (1993) H. 11, S. 36 – 49.

38 Vgl. hierzu *Harald Schoen / Cornelia Weins*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 241 – 329.

dieses im Wesentlichen durch drei Faktoren geprägt: einen langfristigen, die so genannte Parteiidentifikation, und zwei kurzfristige Faktoren. Als Parteiidentifikation bezeichnet man eine feste, langdauernde, auch gefühlsmäßige Bindung an eine Partei. Die Gruppe, deren Wahlverhalten dadurch geprägt wird, hat durch langfristige Prozesse des sozialen Wandels wie zum Beispiel die Erosion traditioneller sozialer Milieus abgenommen³⁹, so dass die Kurzfristfaktoren wichtiger geworden sind. Der erste besteht aus den Einstellungen der Wähler gegenüber dem personellen Angebot der Parteien, vor allem gegenüber den jeweiligen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, wobei vor allem die Gesichtspunkte Sachkompetenz, Führungsqualitäten, Glaubwürdigkeit und persönliche Sympathie eine Rolle spielen. Der zweite Kurzfristfaktor ist das inhaltliche Angebot der Parteien, das heißt die während des Wahlkampfes diskutierten Sachthemen. Diejenigen Wähler, die ihre Entscheidung an den inhaltlichen Themen ausrichten, tun dies auf zwei Arten: Entweder sie informieren sich mehr oder minder gründlich über das gesamte Angebot in wichtigen Politikbereichen und geben derjenigen Partei ihre Stimme, die ihnen dann inhaltlich insgesamt am nächsten steht. Oder es gibt für sie ein wesentliches, alles andere überstrahlendes Thema, an dem sie ihr Wahlverhalten orientieren; dann wählen sie entweder diejenige Partei, der sie die größte Kompetenz zur Lösung dieses Problems zuschreiben, oder sie sind mit der Politik der bisher von ihnen gewählten Partei in diesem Bereich nicht einverstanden und verpassen ihr einen Denkmittel, indem sie sich aus Protest für eine andere, die Gegenposition vertretende Partei entscheiden.

Dieses Protestwahlverhalten, also eine Partei nicht zu wählen, weil man von ihr wirklich überzeugt ist, sondern weil man von anderen Parteien enttäuscht ist und ihnen einen Denkmittel verpassen will, trifft auf die AfD in deutlich überdurchschnittlichem Maße zu: Bei den drei Landtagswahlen im März 2016 haben sich zwischen 28 und 38 Prozent aller Wähler für eine Partei entschieden, weil sie über andere enttäuscht waren; bei den AfD-Wählern waren es zwischen 62 und 70 Prozent.⁴⁰ Die Hauptursache der Enttäuschung war eindeutig auszumachen: Das für ihre Wahlentscheidung wichtigste Thema war bei der AfD-Wählerschaft die Flüchtlingsfrage.⁴¹

5. Politische Schlussfolgerungen

Es ist zwar richtig, dass mit der AfD nun eine Partei im Parteiensystem existiert, die der Union gesellschaftspolitisch von rechts Konkurrenz macht und ihr einen Teil ihrer konservativen Wählerklientel abzieht. Wie die Wählerwanderungsanalysen gezeigt haben, bedeutet dies jedoch nicht, dass die AfD allein ein Problem der Union darstellt. Zwar ist die AfD im Kern programmatisch immer noch markliberal und von der Sozialstruktur ihrer Anhängerenschaft her nicht die Partei der kleinen Leute, aber mit ihr hält eine neue, rechte

39 In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bekundeten 80 bis 85 Prozent der Wahlberechtigten eine – zumindest schwache – Parteiidentifikation; im Jahr 2015 waren es nur noch 60 Prozent (die kumulierten Daten für 2015 wurden freundlicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Verfügung gestellt).

40 Vgl. die Infratest dimap Wahlreports der jeweiligen Wahlen (Baden-Württemberg, S. 57, Rheinland-Pfalz, S. 55 und Sachsen-Anhalt, S. 59).

41 Vgl. ebenda.

Konzeption von sozialer Gerechtigkeit Einzug. Bei dieser neuen Konzeption, die für einen Teil der Kernklientel der linken Parteien attraktiv ist, geht es nicht mehr um das traditionelle, linke „unten versus oben“, sondern um „drinnen versus draußen“, also um Einheimische versus Flüchtlinge.⁴²

Als generelle Strategiealternativen gegenüber einer neuen Partei bieten sich Ignorieren, Ausgrenzen und Bekämpfen an. Das Ignorieren wurde längere Zeit praktiziert – vor allem von der Union; spätestens mit dem Einzug der AfD in den ersten Landtag ließ sich diese Strategie jedoch nicht mehr aufrecht erhalten. Ausgrenzung, Stigmatisierung und Diskursverweigerung helfen der AfD eher als ihr zu schaden, weil sie ihr Argument befördern, dass die anderen Parteien keine inhaltlichen Argumente gegen die ihre Positionen haben. Zudem kommt es in der Wählerschaft zu Solidarisierungseffekten, weil sich die Wähler in ihrer Auffassung bestätigt sehen, dass ihre Interessen und Ängste den anderen Parteien gleichgültig sind. Die Strategie der Bekämpfung enthält drei unterschiedliche Varianten: Erstens den organisierten Protest gegen Auftritte der AfD, der allerdings mehr der Selbstvergewisserung der Gegner dient als der effektiven Reduzierung der AfD-Wählerunterstützung und in seiner gewaltsamen Form der AfD nützt, da sie damit in ihrer propagierten Opferrolle gestärkt wird und Solidarisierungseffekte erzeugt werden. Zweitens das Bekämpfen durch Argumente, das heißt, man versucht vor allem die Protestwähler davon zu überzeugen, dass und warum die AfD mit ihren Positionen falsch liegt und dass man selbst die besseren Argumente hat. Diese Strategie ist schwierig, zum einen, weil sich die AfD oftmals einem rationalen Diskurs entzieht, und zum anderen, weil bei ihrer Anhängerschaft oft der Eindruck entsteht, es gehe den anderen Parteien nicht um eine sachbezogene Diskussion, sondern um das „Entlarven“ der Partei und damit wieder um eine Stigmatisierungsstrategie. Drittens die Annäherung an AfD-Positionen, um einen Teil der mit der bisherigen Politik der anderen Parteien unzufriedenen Wähler zurückzugewinnen. Auch dies ist eine schwierige Gratwanderung, weil so zwar einerseits Protestwähler durch die Beseitigung der Protestursachen wiedergewonnen werden können, andererseits aber die Gefahr besteht, andere Wählersegmente durch einen zu starken Rechtskurs zu verprellen.

Wie die Diskussion der letzten Monate gezeigt hat, wird in den anderen Parteien mehr oder minder heftig über die zweite und dritte Variante der Bekämpfungsstrategie gestritten – und die Umfragewerte der AfD belegen, dass der Stein der Weisen im Umgang mit dieser Partei und ihren Wählern noch nicht gefunden worden ist.

42 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Die SPD in der Zange zwischen rechts und links, in: Focus Magazin, Nr. 13 (2016) vom 26. März 2016. Für diese Deutung spricht auch, dass für die AfD-Wählerschaft bei allen drei Landtagswahlen im März 2016 die soziale Gerechtigkeit nach der Flüchtlingsproblematik das zweitwichtigste Thema darstellte.

Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014

Jörn Ketelhut, Angelika Kretschmer, Marcel Lewandowsky und Léa Roger

Die Europäische Union (EU) hat seit den 1990er Jahren mit Akzeptanzschwierigkeiten zu kämpfen: Entscheidungen aus Brüssel, Straßburg oder Luxemburg stoßen in den EU-Mitgliedstaaten zunehmend auf Unverständnis und rufen bisweilen harsche Reaktionen hervor. Von einem „permissive consensus“ in der Bevölkerung über den Fortgang des supranationalen Integrationsprojekts kann nicht mehr die Rede sein. Von Demokratie- und Legitimationsdefiziten wird ebenso oft gesprochen wie von der bedrohlichen Machtfülle der EU. In vielen Ländern haben politische Parteien das gesellschaftliche Unbehagen gegenüber der EU aufgegriffen und zum Thema gemacht. Ihr Ziel besteht – überspitzt formuliert – darin, die als undemokratisch empfundene „Fremdherrschaft“ der „Brüsseler Eurokraten“ zu beenden. Die Literatur hat für diese politische Richtung den Begriff „Euroskeptizismus“ geprägt.

Mittlerweile ist der Euroskeptizismus auch im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Besonders deutlich lässt sich dies am raschen Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) zeigen.¹ Vorbehalte gegenüber der EU bringen aber auch andere Parteien zum Ausdruck. In inhaltlicher und rhetorischer Hinsicht grenzen sie sich jedoch von den Äußerungen der AfD deutlich ab. Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Ihr Ziel soll es sein, die verschiedenen Formen, in denen der deutsche Euroskeptizismus sowohl politisch-thematisch als auch sprachlich-rhetorisch in Erscheinung tritt, möglichst trennscharf herauszuarbeiten, und zwar auf eine Weise, die direkt beim empirischen Material ansetzt. Zu diesem Zweck wird der Blick auf die Programme gerichtet, mit denen die deutschen Parteien in den Europawahlkampf 2014 gezogen sind. An ihrem Beispiel soll untersucht werden, wie die Parteien sich im aktuellen Anti-EU-Diskurs positionieren.

1. Euroskeptizismus: Einige kritische Anmerkungen zum Stand der Forschung

Der Begriff des Euroskeptizismus hat lange Zeit jenseits des angelsächsischen Sprachraumes kaum Verwendung gefunden. Von Großbritannien ausgehend zeichnet zuletzt *Florian Hartleb* die Entwicklung einer überschaubaren Forschungsdebatte nach.² Sie weist zwei größere Diskussionsstränge auf: Der eine fragt grundsätzlich danach, ob der Begriff überhaupt einen Mehrwert für die wissenschaftliche Forschung besitzt, der andere beschäftigt sich mit dem Inhalt und der Reichweite des Konzepts. Die Debatte ist bis heute nicht abgeschlossen. Nach wie vor bereitet es Schwierigkeiten, mit dem Begriff des Euroskeptizis-

- 1 Zur AfD liegt inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen vor. Siehe hierzu statt vieler den Literaturbericht von *Marcel Lewandowsky*, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: ZPol, 25. Jg. (2015) H. 1, S. 119 – 134. Siehe auch den Beitrag von *Oskar Niedermayer* und *Jürgen Hofrichter* in diesem Heft der ZParl.
- 2 Vgl. *Florian Hartleb*, Die euroskeptische Parteienfamilie, in: *Uwe Jun / Benjamin Höhne* (Hrsg.), Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen 2012, S. 302 – 325, S. 304 – 307.